

# Neuer Wind im Bundesrat

Veröffentlicht am 11. Dezember 2003

Publiziert in Standpunkt Basellandschaftliche Zeitung „Rosskur für den Bundesrat“ am 19. Dezember 2003

Kein Zweifel, die schweizerische Politszene ist besonders in der Periode vor den Wahlen, aber auch am 10. Dezember zu neuem Leben erwacht. Im gut eidgenössischen Gemenge, bei dem oft auch mit „harten Bandagen“ gekämpft wurde, ist eine starke Regierung zustande gekommen.

Die neu gewählten Bundesräte Blocher und Merz sind zwei weltweit erfahrene, in sich gefestigte, kampfbereite und reife Männer. In ihren Parteien haben sie das Sagen. Das bedeutet, dass sie zu Kompromissen, aber auch zu Entscheidungen als unabhängige, über den Partikular-Interessen ihrer Parteien stehende Persönlichkeiten fähig sind. Dazu bilden sie ein Tandem gegenseitigen Vertrauens, Stimulation und Mässigung. Mit Pascal Couchepin, Samuel Schmid und Micheline Calmy-Rey verfügt die neue Regierung ebenfalls über weitgehend eigenständige Persönlichkeiten, die jede auf ihre Art (stark und mutig, gelassen und glanzvollstürmisch) zu einem gewissen Ausgleich aber auch der Zuwendung zu Neuem beitragen können. Joseph Deiss als Wissenschaftler, Dozent und begeisterter Bergsteiger ist vielleicht der Mann, den es braucht, die allzu konservativen Wirtschaftsführer zum Umdenken und die grosse Zahl der Klein-Unternehmen in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistungen zu neuer Blüte und damit zum Vorteil der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu bringen. Moritz Leuenberger wird wohl seinen Hang zur Philosophie zugunsten seiner Rolle als neuer Leader der rotgrünen Opposition im Bundesrat opfern müssen. Als amtsältester Bundesrat kommt ihm dabei eine besondere Verantwortung zu. Dabei wird er sich auf die kämpferische Calmy-Rey (die als einzige Frau jetzt mindestens doppelt, wenn nicht dreifach zählt) und im Hintergrund auf Christiane Brunner abstützen können. Schade, dass wegen der starrköpfigen Haltung der Leitung der CVP Ruth Metzler geopfert wurde, womit vor allem die Frauen und die Jungen unnötig vor den Kopf gestossen wurden.

*So far, so good* würde der Engländer sagen. Wie das viele verlangt haben, verfügt jetzt die Schweiz über eine Regierung mit starken und unabhängigen Persönlichkeiten. Diese können sich nunmehr in einer ständigen Auseinandersetzung zu den für das Land besten Lösungen zusammenraufen, diese dann gemeinsam nach innen, vor allem nach aussen mit all der Wucht, die sie haben, gegenüber unseren europäischen Nachbarn und der übrigen Welt vertreten: Der Schweiz die Stellung wiedergeben, die ihr als ein noch einigermassen geordnetes, sicheres, soziales, humanitäres, neutrales und unabhängiges Land zukommt.

Aber weil sich der neue Bundesrat aus starken (und natürlich auch ehrgeizigen Persönlichkeiten) zusammensetzt, besteht die Gefahr, dass diese sich bereits in der Regierung gegenseitig zermürben und so das ganze Land noch tiefer in das existierende „Schlamassel“ hineinziehen werden. Es braucht deshalb eine noch viel wirksamere Kontrolle durch Volk und Stände. Die bestehende Polarisierung Rechts-Links bei einer zersplitterten Mitte erschwert diese Kontrolle. Gerade die jüngsten Bundesratswahlen haben in erschreckender Weise gezeigt, wie wenig der einzelne Parlamentarier in seiner Meinungsbildung frei ist. Die Parteileitungen, vor allem die hinter ihnen stehenden Klüngel jeder Art, haben eine eiserne Disziplin ausgeübt. Mit wenigen Ausnahmen hat jeder nur das gestimmt, was ihm von seiner Fraktionsleitung vorgeschrieben wurde. Ohne das hätten die komplexen Wahlen nicht in vier Stunden erledigt werden können. Dabei sind solche Instruktionen bereits von der Bundesverfassung verboten. Jeder Parlamentarier hat frei nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Davon war am 10. Dezember nicht viel zu spüren - vom demokratischen Standpunkt her ein mehr als fragwürdiger Vorgang.

Wie das so üblich ist, verpassten die gewählten Bundesräte keine Gelegenheit, um *urbi et orbi* die jeweils langen Listen ihrer dringendsten Programmpunkte zu verkünden. Befremdend war dabei, dass kein Bundesrat das Problem dringender Massnahmen zur Wiederbelebung unserer dahinsiechenden Demokratie erwähnte. Gerade die zwei neuen Mitglieder, hätten dies wegen ihrer dominierenden Stellung in der neuen Bundesrats-Mehrheit (SVP und FDP) ohne weiteres in der Hand gehabt. Vor allem deshalb, weil die Erneuerung der Demokratie nicht nur eine längerfristige, sondern bezüglich gezielter Abhilfemassnahmen gerade beim Parlament und damit auch bei den Parteien zu einer der vordringlichsten Aufgaben geworden ist.

Zum Schluss deshalb die Frage nicht nur an die zwei neuen Bundesräte, sondern auch an ihre fünf Kollegen: „Glaubt Ihr nicht, dass zusätzlich zu den Finanzen, der Wirtschaft, der sozialen Sicherheit, der Schutz von Recht und Ordnung, vor falschen Asylanten, all den Kriminellen von Innen und Aussen, der Alten und Invaliden, der Jungen und wehrlosen, notleidenden Menschen usw. usf. auch an die Erneuerung unserer direkten Demokratie zu denken wäre? Seid Ihr bereit, sofort die Massnahmen zu einer entsprechenden Revision der Bundesverfassung zu treffen?“